

Veränderung des Lebensstils und der Gesellschaft

Einblicke in die Umweltbewegung der DDR und ein Interview mit Michael Beleites

Gesine Schmidt

Im Sommer 1985 besuchte ich den Landesjugendsonntag der Thüringischen Evangelischen Landeskirche in Eisenach, um Mitglieder kirchlicher Umweltgruppen zu interviewen. Ich recherchierte damals für eine Arbeit an der Universität Kassel, die die kirchliche Umweltbewegung in der DDR untersuchte.¹ Am Vorabend fand ich nur einen unscheinbaren Ankündigungszettel im Mitteilungskasten der Eisenacher Georgenkirche. Um so überraschter war ich, als ich am Sonntag auf einer innerstädtischen Grünfläche in Eisenach etwa zwölftausend junge Leute vorfand, die auf selbstgemalten Plakatwänden und in Diskussionsgruppen mit großer Selbstverständlichkeit sehr kritische Äußerungen zu den Umweltschäden und zur militaristischen Erziehung in der DDR vorbrachten. Eine Gruppe hatte sich rosa Winkel angesteckt und debattierte mit Landesbischof Werner Leich über die Unterdrückung von Homosexuellen in der DDR und in der evangelischen Kirche. Neuankömmlinge wurden mit Jazz und Tanz begrüßt, die Jugendlichen lagerten auf dem Rasen oder gruppieren sich um die phantasievoll gestalteten Stände der verschiedenen kirchlichen Gruppen.

Eine neue Sprache: die „Einsprüche der Betroffenen“

In der Kleidung, im Auftreten und im Diskussionsstil glichen diese jungen Leute im Osten denen aus den Bürgerinitiativen im Westen. Die Interviews mit den Aktivisten der kirchlichen Umweltgruppen vertieften diesen ersten Eindruck: Hier hatten sich seit Beginn der achtziger Jahre unter dem Dach der Kirche in der scheinbar vollständig durchregulierten und uniformen DDR eine neue Öffentlichkeit und eine neue Sprache entwickelt. Wenn ich gehäuft offizielle Publikationen aus der DDR lesen mußte, litt ich stets an der ideologisch abgedichteten und uniformen Sprache. Die Diskussionen in der kirchlichen Umweltbewegung und anderer kirchlichen Basisgruppen waren dagegen von einer lebendigen und authentischen Sprache gekennzeichnet, die neugierig machte und die ich sonst nur aus der kritischen DDR-Belletristik kannte.

Die evangelische Kirche hatte seit Beginn der achtziger Jahre bewußt neue Kommunikationsformen entwickelt, um die oft in Schweigsamkeit und Verdrossenheit versunkenen Bürger zum offenen Reden zu bringen, zum Beispiel durch öffentliche „Klagen“ oder „Einsprüche von Betroffenen“ auf Gottesdiensten. Als Beispiel sei hier ein Bericht aus dem Braunkohlegebiet Mölbis (südlich von Leipzig) auf dem Dresdener Kirchentag 1983 zitiert:

„Ich heiße Siegfried Ruffert und komme aus Mölbis [...] In diesem Jahr haben die Apfelbäume in Mölbis schon ihre Blätter verloren, schon seit dem 26. Mai. [...] Wenn man vor der Haustür läuft, an manchen Tagen, da hinterläßt man Spuren, weil man durch den Ruß gelaufen ist, der fällt sehr dick. Die Mölbiser sagen: Es hat gedreckt. Den Dreck kann man wegkehren. Manche Leute sagen: Gegen Dreck hilft Wasser. Aber wenn man auch die Blumen, falls tatsächlich welche blühen, abwaschen muß, bevor man sie in die

1 Schmidt, Gesine: Auf der Suche nach einem neuen Lebensstil? Ökologiediskussion und -engagement im Bereich der evangelischen Kirchen in der DDR. Kassel 1985.



Abb. 1: Teilnehmer des Landesjugendsonntags der Thüringischen Evangelischen Landeskirche in Eisenach, Sommer 1985. Foto: Gesine Schmidt.

Vase steckt, und dann sind die zusammengefallen, da wird's schon schlimm. [...] Das Schlimme ist aber nicht der Dreck, sondern das Gas [...] Es gibt Leute, die zu Besuch sind, die reisen vorzeitig wieder ab. Manche, die müssen dann früh brechen, manche haben furchtbare Kopfschmerzen. Am besten, man betrinkt sich abends [...] Neulich war ich mit meiner Frau in Leipzig in der Buchhandlung, und ich wunderte mich, ich hatte so eine Lederjacke an, die Leute guckten sich alle nach mir um. Draußen merkte ich es, da roch ich es, das stinkt alles. Es stinkt alles. Wir haben schon Stollen nach dem Westen geschickt, den haben die nicht essen können, der stank, auch innen [...] Die kleinen Kinder haben schon mit einem halben Jahr chronisches Bronchialasthma und ähnliche Geschichten.“²

Um auf die verheerende Umweltsituation aufmerksam zu machen, veranstaltete die Kirche in den achtziger Jahren, unter anderem im Leipziger Braunkohleabbaugebiet, regelmäßig Umweltgottesdienste, zu denen teilweise über tausend Menschen kamen. Durch die im Gottesdienst öffentlich vorgetragenen Klagen einerseits und die Entwicklung von konkreten Forderungen zur Verbesserung der Umweltsituation andererseits wurde unter den Bürgern Mut und Zivilcourage gestärkt. Die für die friedliche Revolution von 1989 so bedeutsamen „Friedensgebete“ mit den Berichten von Betroffenen in den Kirchen, aus denen heraus sich anschließend die immer machtvolleren Montagsdemonstrationen entwickelten, beruhten also auf einer spezifischen Tradition, die schon seit Anfang der achtziger Jahre im kirchlichen Raum gepflegt worden war und die der Einübung der freien Rede und des zivilen Handelns gedient hatte.

2 Ruffert, Siegfried. In: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde. Zusammengestellt im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg (hek.), Nr. 9/1984, S. 4 f.



Abb. 2: Abschlussgottesdienst des Landesjugendsonntags der Thüringischen Evangelischen Landeskirche in Eisenach, Sommer 1985. Foto: Gesine Schmidt.

Der Wunsch nach „doppelter Veränderung“

Eine weitere wichtige Erfahrung, die ich bei meiner damaligen Untersuchung über die kirchliche Umweltbewegung in der DDR machte, war, zu erleben, mit welcher Ernsthaftigkeit in den Gruppen über eine Veränderung auch des persönlichen Lebensstils gesprochen wurde. Hierzu gehörte zum einen im Interesse der natürlichen Umwelt die Forderung nach dem Verzicht auf einen „konsumistischen“ Lebensstil. Dies fand ich angesichts der Konsumdefizite, über die die meisten DDR-Bürger klagten, erstaunlich. Aber ich wurde von den Umweltaktivisten darüber aufgeklärt, daß auch in der DDR zum Beispiel der Fleisch- und Alkoholverbrauch sehr hoch und der „Prestigekonsum“, das heißt die demonstrative Zurschaustellung von Westwaren, sehr verbreitet war. Die „Revolutionen im Alltagsleben“, die man anstrebte, sollten jedoch mehr bedeuten: Es ging gleichzeitig um die Entwicklung innerer Unabhängigkeit und um die Überwindung von Angst, Konformitätsdruck und Anpassungszwängen im öffentlichen Leben.

Der Erfurter Propst Heino Falcke, der sich von Anfang an als Fürsprecher der kirchlichen Basisgruppen erwiesen hatte, formulierte den Zusammenhang von der Änderung des eigenen Lebensstils und der Veränderung der Gesellschaft 1983 folgendermaßen: „Das Problembündel, das man heute die Überlebensfragen nennt, fordert von uns beides mit gleicher Dringlichkeit: Lebensstiländerungen und Gesellschaftsveränderungen [...] Die heute nötigen tiefen Veränderungsprozesse unserer Zivilisation vollziehen sich nicht im Stil eines Sturms auf die Bastille oder das Winterpalais, sondern in Gestalt

einer Fülle von Alltagsrevolutionen oder Verhaltensänderungen, die einen wachsenden Veränderungsdruck auf die Strukturen ausüben.“³

Die kleinen, zeichenhaften Veränderungen im Alltagsleben und die Forderungen nach einer Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen sollten in einer möglichst engen Verbindung stehen. So haben zum Beispiel die Umweltgruppen die Thematisierung des Fleischkonsums verknüpft mit einer Kritik an der Gigantomanie und den umweltschädlichen Arbeitsweisen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Typs „Tierproduktion“. Oder man verband die Frage des individuellen Wasserverbrauchs mit der Aufklärung über die schlechte Wasserqualität in der DDR und mit Forderungen nach konkreten Verbesserungen. Aufgrund immenser Industrie- und Haushaltsabfälle, mangelhafter Kläranlagen und einer hochintensiven Landwirtschaft war die Wasserqualität in der DDR mit die schlechteste in ganz Europa. Veranstaltungen zu diesen beiden Themen in der Kirche trugen oft phantasievolle Titel, wie zum Beispiel „Wie der Hirsch lechzt nach frischem Wasser, so schreit [...] (Psalm 42)“ oder „Daß der Bauch nicht zu deinem Gotte werde [...] (Philipper 3)“, wie mir damals die Umweltaktivistin Gisela Hartmann aus Nordhausen im Harz berichtete.

Das Neue war auch hier die Offenheit, mit der auf ein „Leben in Wahrheit“ im Sinne Václav Havels bestanden und der Dissens zu den offiziell gewünschten Staatsbürger-tugenden ausgedrückt wurde. Die Thematisierung des persönlichen Lebensstils intendierte also keinen Rückzug in eine protestantische Innerlichkeit, sondern war Ausdruck des Wunsches nach Wahrhaftigkeit im persönlichen Leben und im öffentlichen Agieren. Dies stärkte die Umweltaktivisten und die anderen Mitglieder der kirchlichen Basisgruppen auch moralisch bei den Auseinandersetzungen mit Staatsapparat, Polizei und Stasi, die insbesondere auf Umweltaktionen, aber auch auf Veröffentlichungen der Gruppen immer wieder mit Repressionen reagierten. Beim Aufbau einer Gegenkultur spielte die Lebensstilfrage für die kirchlichen Umweltgruppen eine zentrale Rolle.

Die Kirche und die Basisgruppen

Überraschend waren für mich damals auch die Reflexionen in den Kirchenleitungen zu den kirchlichen Basisgruppen. Die Kirchenführung hatte zwar die Diskussion über die „Grenzen des Wachstums“ und die Leitgedanken über eine anzustrebende „just, participatory and sustainable society“ in den siebziger Jahren aus den internationalen Konferenzen der Ökumene mitgebracht und in die Gemeinden hineingetragen, wodurch die ideologische und geographische Enge der DDR gedanklich aufgesprengt wurde. Die Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen sind jedoch in der Regel aus der praktischen Arbeit und der konkreten Aktion vor Ort entstanden. Der alternative Lebensstil der Gruppenmitglieder und ihre Bereitschaft zu direkter Aktion – trotz der repressiven Haltung des Partei- und Staatsapparates – fanden jedoch längst nicht bei allen Kirchenoberen Gefallen. Und von seiten der Ost-CDU war 1982 zu hören: „[...] an Hippies aller Schattierungen hat Gott gewiß keine Freude!“⁴

Einige hellsichtige Kirchenführer erkannten jedoch sehr bald die vorwärtstreibende und emanzipatorische Funktion der Basisgruppen, nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Institution Kirche, die dadurch den Charakter einer „geschlossenen Gesellschaft“ verlor. So sah zum Beispiel Propst Heino Falcke bereits 1982 in den Gruppen

3 Falcke, Heino: Bergpredigt, Kirche und Gesellschaft. In: Kirche im Sozialismus, 3/1983, S. 31.

4 Jessen, H. H.: Christliches Arbeitsethos und staatsbürgerliche Verantwortung. In: Neue Zeit v. 5.6.1982, S. 7.

die Chance, verkrustete Strukturen in der Gesellschaft und in der Kirche aufzubrechen: „Das emanzipatorische Element wird vorwiegend durch gleichgesinnte Gruppen, Basisgemeinschaften, Initiativen gelebt. Sie können indirekt und direkt politisch wirksam werden, ohne (schon) mehrheitsfähig zu sein [...] Die Kirche [muß sich] zum Anwalt des emanzipatorisch-innovativen Anliegens machen, indem sie in der Kirche einen umfassenden Lernprozeß inszeniert.“⁵ Die Kirche müsse deshalb die Basisgruppen nicht nur dulden, sondern aktiv unterstützen.

Rückblick

Bei der Durchsicht meiner Untersuchung von 1985 fällt mir auf, daß mir die Sprengkraft der kirchlichen Basisgruppenbewegung in der DDR damals durchaus bewußt war: Sie standen für kulturellen Umbruch, sie waren eine Schule zur Einübung zivilen Handelns, sie boten die Möglichkeit zur Artikulation und Selbstorganisation der Gesellschaft, hier zeigte sich das neue Selbstbewußtsein kritischer Bürger, um nur einige der damaligen Stichworte zu nennen. Trotzdem wäre ich zu der Zeit nicht auf den Gedanken gekommen, daß nur vier Jahre später eine friedliche Revolution ausbrechen und die Mauer fallen könnte. Enttäuscht war ich allerdings darüber, daß Anfang der achtziger Jahre im wesentlichen nur Journalisten wie Peter Wensierski und Wolfgang Büscher mit ihren Veröffentlichungen auf diesen Umbruch in der DDR aufmerksam gemacht haben, während die meisten Politikwissenschaftler und Politiker, vor allem auch auf Seiten der Linken, die zukunftssträchtigen oppositionellen Bewegungen in der DDR kaum wahrgenommen, geschweige denn ernst genommen haben.

Vorbemerkung zum Interview mit Michael Beleites

Wegen meiner Kontakte zu den Aktivisten der kirchlichen Umweltbewegung, unter anderem auch zur 1986 gegründeten „Umweltbibliothek“ an der Zionskirche in Ost-Berlin, durfte ich ab 1987 nicht mehr in die DDR einreisen. Alle Versuche, über Ost-Berlin oder den kleinen Grenzverkehr in die DDR zu kommen, scheiterten bis zum Fall der Mauer. Weitere Untersuchungen und Gespräche mit Umweltaktivisten in der DDR waren also damals nicht mehr möglich, was ich sehr bedauert habe. Die Idee, diesen Gesprächsfaden in der Form eines Rückblicks auf die achtziger Jahre wieder aufzunehmen, lag also nahe. Wichtig sind dabei die Unterschiede in der Wahrnehmungsperspektive: Wie wird die Entwicklung der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR im Osten und wie im Westen reflektiert?

Auf Michael Beleites wurde ich durch seine Veröffentlichungen über die Wismut-AG und über seine Verfolgung durch das MfS aufmerksam. Er steht beispielhaft für das Engagement, die Phantasie und die Zivilcourage der damaligen Umweltaktivisten.⁶

5 Zit. nach: Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR. Reinbek 1982, S. 60.

6 Beleites, Michael: Pechblende – der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen. Hrsg. vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg und dem Arbeitskreis Ärzte für den Frieden. Berlin 1988. Ders.: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz. Berlin 1991. Ders.: Altlast Wismut. Ausnahmezustand, Umweltkatastrophe und das Sanierungsproblem im deutschen Uranbergbau. Frankfurt/Main 1992.



Abb. 3: Michael Beleites im Uranbergbauggebiet der Wismut, südlich von Ronneburg, im Sommer 1989. Foto: Christiane Mlynski; Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft.

Gespräch mit Michael Beleites am 3. März 2009 über seine Erfahrungen in der kirchlichen Umweltbewegung der DDR

Gesine Schmidt (G. S.): *In der unabhängigen Umweltbewegung der DDR waren und sind Sie vor allem bekannt als der mutige Kämpfer, der die Umweltschäden im Uranbergbau der Wismut-AG aufgedeckt hat und deshalb von der Staatssicherheit ständig verfolgt wurde. Wie kam es dazu?*

Michael Beleites (M. B.): Ich war seit Anfang der achtziger Jahre in kirchlichen Umweltgruppen engagiert. Die Wismut hatte mich schon länger interessiert im Zusammenhang mit der Friedensfrage: Inwieweit es verantwortbar war, sich an der Herstellung von Atomwaffen zu beteiligen, indem man das Uran für die sowjetische Atombombe zutage fördert. 1983 fand das in den Kirchen wenig Resonanz. Aber nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 war klar geworden, daß radioaktive Umweltbelastungen auch im sogenannten Niedrigdosisbereich zu langfristigen Gesundheitsschäden führen können. Und da dachte ich, wenn das im Zusammenhang mit Tschernobyl eine Rolle spielt, dann wird das im Umfeld des Uranbergbaus schon längst eine Rolle spielen.

G. S.: *Unter welchen Bedingungen haben Sie die Untersuchungen über den Uranbergbau durchgeführt, die Sie im Juni 1988 in der Dokumentation über die Wismut: „Pechblende – Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“ veröffentlicht haben?*

M. B.: Das waren natürlich sehr widrige Bedingungen, weil das Wismut-Thema ein Tabu-Thema war, aber ich habe versucht, auf verschiedenen Ebenen Informationen zusammenzutragen. Die eine Ebene war, daß ich ehemalige Wismut-Beschäftigte und Anwohner befragt habe. Die andere Ebene war, daß ich von Freunden aus Westdeutschland

Literatur über Uranbergbauprobleme in Kanada, Frankreich oder Australien besorgt habe und dadurch wußte, wo die ökologischen Knackpunkte sind. Und die dritte Ebene war, daß es in Gera bei der staatlichen Gewässeraufsicht jemanden gab, der für die radiologische Gewässerüberwachung zuständig war. Der war eigentlich völlig abgeschirmt und Geheimnisträger. Er hat nicht gewußt, was ich vorhabe, aber er hat sich gefreut, daß sich jemand für seine Arbeit interessiert. Er hat mir sehr viel und sehr konkret über die Hintergründe berichtet, die bei der radioaktiven Umweltbelastung im Wismut-Gebiet eine Rolle spielten.

Meßinstrumente habe ich bis zur Fertigstellung der Dokumentation *Pechblende* nicht gehabt. Ich habe danach von Peter Diehl aus dem Schwarzwald, der dort eine Bürgerinitiative gegründet hatte, einen Geigerzähler bekommen, so daß ich schon vor der Wende Messungen machen konnte, was die äußere Strahlenbelastung anbelangt. Aber das waren eher Indizien. Gefährlich sind die Alphastrahlen, die man über Staub oder gasförmiges Radon inkorporiert, und die ließen sich mit einem Geigerzähler nicht messen.

G. S.: Welche Umweltschäden und gesundheitlichen Schäden bei der Bevölkerung hat der Uranbergbau der Wismut hervorgerufen?

M. B.: Sicher ist, daß der Uranbergbau bei Zehntausenden Bergleuten Silikose und Lungenkrebs verursacht hat. Inwieweit das gehäufte Auftreten anderer Krebsformen bei Uranbergleuten tatsächlich auf den Uranabbau zurückzuführen ist, ist bis heute unstritten.

G. S.: In Ihrem Buch Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz schreiben Sie, daß die Wismut einer der geheimnisumwittertsten Bereiche in der DDR war: „Sobald das Wort Wismut fiel, verstummten viele Gespräche.“ Wieso habe Sie es sich 1986 – als damals gerade 22jähriger – zugetraut, die Stasi auf diesem verminten Gelände herauszufordern?

M. B.: Ich bin nicht mit dem Wismut-Thema in die Umweltbewegung eingestiegen. Ich war schon seit einigen Jahren in den kirchlichen Umweltinitiativen aktiv, die an konkreten Brennpunkten der ökologischen Katastrophe, also in Bitterfeld, Wolfen oder Espenhain, versucht hatten, eine kritische Öffentlichkeit herzustellen, zum Beispiel durch Ausstellungen oder demonstrationsähnliche Veranstaltungen. Jedenfalls war mir von vornherein klar, daß das mit einer Konfrontation mit dem Staat verbunden ist und diese von seiten des Staates nicht offen, sondern verdeckt geführt wird.

Ich kannte auch meine Situation als Angestellter im Museum in Gera: Die Stasi versuchte mich dort zu überwachen und in die Enge zu treiben. Außerdem hatte ich vieles, was man verlieren konnte, wie zum Beispiel die Möglichkeit zu studieren, schon verloren. Deshalb war ich unabhängig. Ich hatte auch noch keine eigene Familie, auf die ich Rücksicht nehmen mußte. Es war ja in der DDR so, daß Familienangehörige sofort in „Geiselnhaft“ genommen wurden und dann die Repressionen auch mit abbekamen. Insofern war ich relativ frei, aber ich war trotzdem vorsichtig, weil mir schon klar war, daß das ein sehr heikles Thema ist. Ich habe mir genau überlegt, wem ich davon erzähle und wem nicht. Mir war es wichtig, daß der Kreis der Leute, die davon wissen, daß ich diese Dokumentation erarbeite, solange ich am Arbeiten bin, sehr klein ist, aber daß in dem Moment, wo sie fertig ist, daß sehr schnell sehr viele Leute [davon] wissen und das auch im Westen verbreitet wird, weil diese Öffentlichkeit dann auch ein Schutz sein würde. Das hat dann auch so funktioniert.

G. S.: Sie haben auch einen Videofilm über die Wismut gedreht, der am 4. November 1987 im westdeutschen Fernsehen gezeigt wurde. Wie war das möglich?

M. B.: Über Leute aus der Umweltbibliothek der Ost-Berliner Zionskirche habe ich 1987 eine Videokamera des SFB (Sender Freies Berlin) geborgt bekommen. Damit habe ich im Wismutgebiet Aufnahmen gemacht, auch dort, wo man normalerweise nicht hin durfte. Das waren etwa zwei Stunden Rohmaterial. Mir war klar, daß das an den SFB geht und die daraus eine Sendung machen. Und ich hatte dann nicht mehr in der Hand, was sie davon auswählen. Ich war davon ausgegangen, daß meine Dokumentation über die Wismut sehr viel schneller gedruckt werden würde und dann schon vor dem Sendetermin fertig wäre. Aber dann gab es technische Schwierigkeiten. Der SFB wollte jedoch nicht länger warten und das senden. Ich konnte unter diesen Umständen nur die Aufnahmen freigeben, die auch jeder andere hätte machen können, ohne besondere Ortskenntnisse. Letzten Endes kam dann ein Wismut-Beitrag, der von den Bildern her doch recht dürftig war im Vergleich zu dem, was ich aufgenommen hatte. Auf der anderen Seite war die Ausstrahlung des Westfernsehens über die Wismut gerade in Thüringen und Sachsen sehr viel weiterreichender, als es eine Samisdat-Schrift je sein konnte, und von da an hat sich im Geraer Raum sehr viel verändert. Dann wurde nicht nur hinter vorgehaltener Hand über die Wismut gesprochen. Da war schon ein Stück Damm gebrochen.

G. S.: Trotz dieses Schutzes durch die Öffentlichkeit gehörte doch viel Mut dazu, sich kritisch über die Wismut zu äußern. Spielte dabei auch eine Rolle, daß Sie in einem evangelischen Pfarrhaus aufgewachsen sind und dort bereits Widerständigkeit gelernt haben?

M. B.: In der Schule habe ich schon erfahren, daß man Nachteile hat, wenn man nicht auf der offiziell gewünschten Welle schwimmt. Ich habe auch zu Hause ein Stück unabhängiges Denken erfahren und erlernt.

G. S.: Sie durften wegen Ihrer politischen Haltung kein Abitur machen, nicht studieren und wurden schließlich Zoologischer Präparator am Naturkundemuseum in Gera. Später hat man Ihnen alle Arbeitsmöglichkeiten auch auf diesem Gebiet verwehrt. Wie sind Sie mit dieser Verhinderung Ihrer beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten zurechtgekommen?

M. B.: Auf der einen Seite hat mich das ungeheuer frustriert, weil mir klar wurde, daß ich in diesem Land beruflich keinen Fuß auf die Erde bekomme. Durch die Reisesperre auch für Osteuropa wurde ich immer mehr ausgegrenzt, denn meine Freunde machten natürlich alle dort Urlaub. Das war bitter und hat auch dazu geführt, daß ich immer mal wieder darüber nachgedacht habe, ob ich einen Ausreiseantrag stelle und versuche, in den Westen zu kommen. Auf der anderen Seite hat mich das innerlich freier gemacht. Je beschränkter die äußere Freiheit war, desto größer wurde die innere Freiheit. Die einzige Gefahr, die im Raum stand, war die Gefahr, inhaftiert zu werden. Ansonsten hatte ich alles, was man verlieren konnte, ja schon verloren. In der DDR gab es keine Rechtssicherheit in dem Sinne, daß man wußte, es gibt die und die Paragraphen. Das waren Gummi-Paragraphen, und es hing immer von der Großwetterlage und den Parolen des Politbüros ab, wie eng oder locker das gerade angewandt wurde.

Die einzige Orientierungsmöglichkeit, die man hatte, war die, ob es andere gab, die mutiger waren, die mehr gewagt hatten und noch frei herumliefen. Die gab es, und deswegen ging ich nicht davon aus, daß ich mit dem, was ich nach außen erkennbar betrieben habe, jetzt von einem Tag zum anderen im Gefängnis landen würde. Bei anderen Sachen, wo ich davon ausgehen mußte, wie bei diesen Filmaufnahmen im Wismut-Gebiet, habe ich das absolut heimlich gemacht. Mir war klar, wenn die Stasi davon Wind bekommt, werde ich inhaftiert. Die hätten das als Wirtschaftsspionage ausgelegt und im Wismut-Fall als militärische Spionage, und das wollte ich natürlich vermeiden.

G. S.: Wie konnte man sich in der DDR über Umweltprobleme informieren?

M. B.: 1982 trat die Verordnung zur Geheimhaltung von Umweltdaten in Kraft. Die jährlichen Umweltberichte wurden nun als „Geheime Verschlusssache“ eingestuft. Selbst der Ministerrat der DDR sollte nicht mehr in den Besitz von Umweltdaten kommen. Interessanterweise war auch diese Verordnung selber wieder geheim. Wir wußten also: Die Umweltdaten sind tabu, das ist alles gesperrt. Den Umweltgruppen ging es darum, genau zu diesen Themen eine kritische Öffentlichkeit herzustellen. Das heißt, man mußte erst einmal Informationen beschaffen. Das war eine unserer wichtigsten Aufgaben.

G. S.: In welchen Formen hat sich das Umweltengagement in der Kirche entwickelt?

M. B.: Außerhalb der Kirche gab es noch die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund der DDR, die 1980 gegründet wurde, wahrscheinlich als Antwort auf die Entstehung der Partei der Grünen im Westen. Man wollte in der DDR eine Art grüne Blockpartei schaffen. Da es dafür aber keinerlei personelle Substanz gab, hat man einfach die bereits bestehenden naturwissenschaftlichen Fachgruppen, also Ornithologen, Schmetterlingsfreunde, Botaniker usw., in die GNU hineinsortiert. Für diese Fachgruppen hat sich dadurch nichts verändert. Ihnen war erlaubt, sich für Naturschutzbelange zu engagieren, aber sich mit Umweltschäden im engeren Sinne auseinanderzusetzen, war nicht erlaubt. Das Paradoxe war nun, daß es die Gesellschaft für Natur und Umwelt gab, aber sobald jemand das Umweltthema anfassen wollte, bekam er etwas auf die Finger. Ich habe das in Gera selbst erlebt. Ich habe 1986/87 versucht, eine Interessengemeinschaft Umweltschutz bei der GNU zu installieren, was auch ein paar Monate lang gut ging, dann aber genau an dieser Frage gescheitert ist. Deshalb war ein umweltkritisches Engagement nur außerhalb der offiziellen staatlichen Strukturen möglich.

Eine unabhängige Umweltbewegung konnte nur im Freiraum der Kirche entstehen. Aber es war nicht nur eine Bewegung unter dem Schutzdach der Kirche, sondern von der Entstehung her durchaus eine *kirchliche* Bewegung. Theologen brachten die Diskussion über „Verantwortung für die Schöpfung“ und „Grenzen des Wachstums“ bereits in den siebziger Jahren von internationalen kirchlichen Konferenzen in die DDR und sprachen in Jugendkreisen darüber. Dann haben Jugendliche von sich aus das Thema aufgegriffen und zum Beispiel Baumpflanzaktionen organisiert und Umweltkreise gegründet. Es war also von der Entstehung her eine originär kirchliche Bewegung. Aber in der Praxis ist dann niemand nach seiner kirchlichen Herkunft befragt worden, und es sind auch viele Leute, die nicht kirchlicher Herkunft waren, in kirchlichen Gruppen organisiert gewesen.

G. S.: Das kirchliche Umwelt-Engagement orientierte auch auf einen neuen umweltbewußten und nicht-konsumistischen Lebensstil. Konnten solche Gedanken in der DDR-Bevölkerung überhaupt populär werden?

M. B.: Das bezieht sich vor allem auf die erste Phase der Umweltbewegung, als man vor allem den globalen Aspekt aufgriff und überlegt hat, was können wir konkret, jeder in seinem Umfeld, ändern, zum Beispiel durch „Umweltschutz im Haushalt“, so der Titel einer Broschüre. Da ging es ja nicht nur um Verzicht, sondern zum Beispiel darum, verantwortungsbewußt mit Chemikalien im Haushalt umzugehen. Den Blick auf Ernährungsfragen zu richten, hieß ja nicht nur Verzicht, sondern hieß auch zu sehen, in welcher Verantwortungslosigkeit die LPG-Wirtschaft funktioniert hat. Und in kirchlichen Gemeinden war durchaus nicht so ein Sog zur Steigerung des Lebensstandards. Man war für Verzichtsaspekte offen, wenngleich man dazu sagen muß, das waren immer nicht nur quantitative, sondern qualitative Fragen. Es war jedem klar, daß man, wenn



Abb. 4: *Das MfS observiert Teilnehmer der Fahrraddemonstrationen 1982/1983 gegen die zunehmende Luftverschmutzung in den Städten. Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie).*

man auf den Trabi verzichtet und statt dessen ein teureres Westauto gehabt hätte, dieses die Umwelt am Ende weniger belasten würde.

Damals war aber, zumindest in den Kirchgemeinden, das Bewußtsein für die Grenzen des Wachstums präsenter als heute. Daß die Ressourcen global nicht ausreichen werden, um den in der DDR herrschenden Lebensstandard für alle Menschen in der Welt zu erreichen, das war auch klar. Mit dem Verzichtsaspekt hätte man sicher bei der Mehrheit der Bevölkerung in der DDR keine Wahlen gewinnen können, aber die Leute, die das thematisiert haben, sind in ihrem Umfeld dafür nicht für verrückt erklärt worden.

G. S.: Ab Anfang der achtziger Jahre entwickelten sich in den kirchlichen Basisgruppen der DDR Ansätze einer alternativen politischen Kultur. Hätte man das im Westen nicht aufmerksamer beobachten müssen?

M. B.: Daß es diese Basisgruppen gab, war im Westen, vor allen in kirchlichen Kreisen, sehr wohl bekannt. Aber es war auch bekannt, daß das – im Unterschied zur ČSSR oder zu Polen – keine Opposition war, die sich von ihrem Selbstverständnis her auch als politisch definiert hätte. Es ist eben lange Zeit ein Jugendphänomen geblieben. Das hing sicher damit zusammen, daß die Mauer nicht ganz dicht war. Diejenigen, die gegen das System waren oder alternative Gedanken hatten, sind in dem Moment, wo sie älter wurden, Familie hatten, Rücksichten nehmen mußten, entweder in den Westen gegangen, oder sie haben sich zurückgezogen.

Diesen Ausweg Westen hatten eben andere Länder wie Polen oder die ČSSR nicht, so daß dort viele selbst nach einem Gefängnisaufenthalt nicht emigriert, sondern im Land geblieben sind. Das gab es in der DDR fast nicht. Deshalb blieb das Dissidententum fast bis zuletzt vor allem ein Jugendphänomen, und deshalb gab es in der DDR lange Zeit

keine sich als politisch verstehende Opposition, die man so ernst hätte nehmen können wie die Oppositionellen der Charta 77 oder der Solidarność.

G. S.: Obwohl die Kirche den Basisgruppen einen Freiraum und ein Schutzdach bot, gab es zwischen den Kirchenleitungen und den Gruppen häufig Konflikte. Wie haben Sie diese Konflikte erfahren?

M. B.: Mir war klar, daß die Konflikte, die ich auslöse, meine Konflikte sind. Inwieweit man auf die Solidarität kirchlicher Amtsträger rechnen konnte, war sehr unterschiedlich. In der thüringischen Landeskirche ging das nicht sehr weit mit der Solidarität. Dort sind die oppositionellen Gruppen, zum Beispiel in Jena, im Regen stehen gelassen worden. In der Kirchenprovinz Sachsen – also in etwa das Gebiet vom jetzigen Sachsen-Anhalt, wo aber auch Erfurt und Suhl dazugehörten – war es anders. Da gab es sehr wohl eine Solidarität von kirchlichen Amtsträgern und auch Interesse für das, was wir machten.

Ich wohnte damals in Gera, und Gera gehörte kirchlich zu Thüringen. Das war die einzige Bezirksstadt in der DDR, wo es die ganzen achtziger Jahre hindurch keine einzige Basisgruppe bei der evangelischen Kirche gab. Aber ich war damals überregional orientiert, habe mich anderen Gruppen angeschlossen oder allein recherchiert wie im Falle der Wismut. Mir war aber wichtig, daß es kirchliche Amtsträger gab, die von dem wußten, was ich machte, die im Falle einer Inhaftierung auch dann vom Staat nicht belogen werden konnten, es handele sich um Spionage oder so etwas.

G. S.: Am 25. Februar dieses Jahres gab es eine Veranstaltung der Robert-Havemann-Gesellschaft im Französischen Dom in Berlin zum Thema „Kirche in der Revolution – Hemmschuh oder Avantgarde?“ Wie würden Sie diese Frage beantworten?

M. B.: Man hat dort vermutlich gesagt „sowohl, als auch“. Das war auch so. Die Kirche hat sicher das eine oder andere gebremst. Wobei man sagen muß: Sie hatten ja auch die Erfahrung aus dem Kirchenkampf der fünfziger Jahre, sie haben den 17. Juni 1953 miterlebt, als die Panzer hier aufgefahren sind. Wir Jüngeren hatten diese Erfahrungen nicht. Deswegen waren wir vielleicht auch leichtsinniger. Aber die Kirche war ja mehr als Amtskirche, und in dieser Kirche haben sich die Basisgruppen entwickelt. Sie waren nicht Fremdkörper unter dem Dach der Kirche, sondern sie waren Bestandteil der Kirche. Und weil diese Gruppen im Schoß der Kirche groß geworden sind, hatten sie sich schon seit Jahren mit gewaltfreiem Widerstand auseinandergesetzt. Deswegen hatten sie sich mit demokratischen Kommunikationsformen, wie man Abstimmungen und Wahlen organisiert, Versammlungen leitet usw. auseinandergesetzt, was sie in den Blockparteien nicht getan hatten.

Daß es *kirchliche* Gruppen waren, hat nicht viel dazu beigetragen, den Prozeß, die SED und die Stasi zu überwinden, zu beschleunigen. Aber es hat entscheidend dazu beigetragen, daß es eine gewaltlose und friedliche Revolution geworden ist. Ich weiß aus meiner Erfahrung in Gera, wie viel Kraft zuweilen notwendig war, dafür zu sorgen, daß das gewaltlos blieb. Und es spielte natürlich auch eine Rolle, daß es über die Kirche eine DDR-weite Vernetzung gab, daß wir uns untereinander verständigen konnten, was in Erfurt, in Rostock, in Schwerin, in Ost-Berlin und Leipzig los ist. Ohne diese Vernetzung wäre damals vieles nicht so passiert, wie es dann passiert ist.

G. S.: Für die Theoriebildung und praktische Arbeit der Gruppen war es wichtig, über die Grenzen der DDR hinaus Kontakte nach Westdeutschland und zu den Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa aufzunehmen. Sie durften bis 1989 nicht in die BRD und hatten lange Zeit sogar totalen „DDR-Arrest“, weil Sie auch nicht mehr nach Osteuropa reisen durften.

M. B.: Diese Reisesperren nach Osteuropa habe ich schwer verkraftet. Es gab obendrein auch noch Reisesperren für die Westdeutschen. Wenn wir einmal auf der Liste der Stasi standen, kamen auch alle Westdeutschen, für die wir ein Visum beantragt hatten, mit auf die Liste und durften nicht mehr in die DDR einreisen. Wir mußten dann immer möglichst unverfängliche Leute finden, die diese Visa beantragten. Diese Kontakte haben aber bis 1987 soweit funktioniert, daß wir uns mit den westdeutschen Freunden in der ČSSR und in Ungarn treffen und dort auch Kontakte zur dortigen Opposition knüpfen konnten. Das war prägend und eine Art politische Bildung im Freundeskreis. Wir haben im Sommer oft eine ganze Woche lang auf dem Zeltplatz Seminare gemacht und uns ausgetauscht. Dadurch haben wir eine ungemeine Horizonterweiterung erfahren und sind auf viele neue Fragestellungen gestoßen.

Die Kontakte mit den osteuropäischen Dissidenten wiederum – das waren bei mir vor allem Begegnungen mit tschechischen Dissidenten in Prag und mit litauischen Dissidenten in Wilna – brachten auf einer ganz anderen Ebene eine Horizonterweiterung: Denn unsere Westperspektive war zunächst vor allem eine *deutsche* Perspektive. Wir guckten sozusagen über die westdeutschen Grenzen nicht hinaus. Währenddessen hatten die Dissidenten in der ČSSR und in Litauen Kontakte zu Emigranten in Amerika, Frankreich und Australien. Die haben die Welt wahrgenommen. Das hatten wir bis dahin nicht. Deswegen hatten sie auch völlig andere Bezugsgrößen und waren in manchen Punkten im Denken nicht nur freier als wir, sondern auch freier als unsere westdeutschen Freunde. Denn wir gingen damals immer davon aus, daß wir einen dritten Weg suchen oder den Sozialismus verbessern müßten, wenn sich dieser dritte Weg nicht finden läßt.

Mit dem Machtantritt von Gorbatschow hatten wir auch Anlaß zu Hoffnungen. Diese Hoffnungen wurden von unseren westdeutschen Freunden geteilt. Aber in der ČSSR oder in Litauen haben die Dissidenten nur mit dem Kopf geschüttelt, wenn wir dort sagten, die ganzen ökologischen Probleme seien so vernetzt und so global, daß wir sie wahrscheinlich unter sozialistischen Verhältnissen schneller und wirksamer in den Griff bekämen als unter westlichen kapitalistischen oder demokratischen Verhältnissen. Sie sagten: Das funktioniert nur unter den Bedingungen der Freiheit. Und solange die Bedingungen der Freiheit nicht da sind, wollen wir auch keine anderen Probleme lösen. Wir meinten: Vielleicht läßt sich mit dem sozialistischen Modell auch manches besser regeln, wenn wir es ändern und nicht immer nur die falschen Leute an der Macht wären. Darauf sagten sie nur: Glaubst du nicht, daß das auch mit dem System selber etwas zu tun hat, wenn von Kuba bis zur Mongolei überall die falschen Leute an der Macht sind? Diese Gespräche 1985 mit den litauischen Dissidenten waren für mich ein Schlüsselerlebnis. Für mich war dann klar, wenn wirklich eine Lösung kommen soll, dann ist das eine Lösung jenseits des sozialistischen Modells.

G. S.: Bis zum Herbst 1989 umfaßte die oppositionelle Bewegung in der DDR nur einige Tausend Menschen. Wann und wie haben Sie persönlich den qualitativen Umschlag in eine revolutionäre Massenbewegung gespürt und erfahren?

M. B.: 1985. Als der sowjetische Parteichef Tschernenko beerdigt wurde, war im *Neuen Deutschland* die Beerdigungsrede von Gorbatschow abgedruckt. Ich kam in der Mittagspause ins Museum zurück, sah das ND auf dem Pfortnertisch und las die Rede. Vom Inhalt war nichts Revolutionäres dabei, aber die Sprache war neu. Hier weht ein völlig anderer, neuer Geist, dachte ich. Wenn jetzt an dieser Stelle jemand ist, der so offen und auch angstfrei spricht, dann wird sich etwas ändern.

Die folgenden Jahre haben gezeigt, daß die DDR-Führung sich diesen Veränderungen in der Sowjetunion dezidiert nicht angeschlossen hat. Es wußte aber jeder, daß die DDR auf

den Schultern der Sowjetunion steht und sie ohne deren Unterstützung nicht existenzfähig ist. Die ignoranten Reden von Honecker und Kurt Hager waren an sich sehr beängstigend, aber sie haben uns nicht so sehr beunruhigt, weil wir wußten, das geschieht in einem Umfeld, in dem die Zentralmacht Sowjetunion mehr und mehr in Richtung Freiheit orientiert ist. Wir haben zwar bornierte SED-Führer, aber im Ernstfall werden sie ihre Repressionen nicht durchsetzen können ohne die sowjetischen Panzer, wie das 1953 der Fall war. Man konnte nicht ausschließen, daß da noch jemand durchdreht. Das war ja dann auch im Herbst 1989 arg auf der Kippe. Aber es war, wenn wir nach Osten, nach Polen und Ungarn, geschaut haben, Befreiung angesagt. Die DDR war innen- und außenpolitisch mit der ČSSR und Rumänien in einem Boot. Davor hätte man Angst haben müssen, wenn es nicht anderswo in Osteuropa eine Veränderung gegeben hätte. Ich hatte jedenfalls damals den Eindruck: Das wird den Untergang dieser Politbürokratie eher beschleunigen als verzögern, weil dann diese Konflikte viel offener zutage treten. Aber was danach kommt, ob sozusagen noch einmal ein Stalinismus mit anderem Antlitz unter Egon Krenz aufgezogen wird oder etwas anderes, das konnte niemand absehen.

Daß sich konkret etwas ändern wird, merkte ich, als ich im Juli 1989 von der Initiative zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR erfuhr. Damit war klar, jetzt wird die Ebene der kirchlichen Basisgruppen überschritten, jetzt wird die Parteistruktur und die politische Ebene gesucht. Da man sich auf die sozialdemokratische Tradition stützte, war auch klar, daß die westdeutsche Politik, zumindest die SPD-Seite, herausgefordert war. Sie konnte nicht mehr weiter so ihre Verhandlungen mit Hermann Axen führen, wenn gleichzeitig Sozialdemokraten in der DDR verfolgt wurden. Diese Initiative brachte in sehr kurzer Zeit sehr viel in Bewegung. Das war für mich ein großes Hoffnungszeichen. Die Initiativen zur Gründung des Neuen Forums bzw. des Demokratischen Aufbruchs kamen bald danach von Leuten, die man aus den Basisgruppen kannte. Das Entscheidende und Neue war jetzt, daß das in der Öffentlichkeit nicht nur eine Resonanz hatte, die die kirchlichen Basisgruppen bisher nicht hatten, sondern daß die Öffentlichkeit, die Menschen auf der Straße dann im Grunde die Bürgerrechtler überholt haben, und zwar nicht nur, was die Frage der deutschen Einheit angeht.

G. S.: Im Rückblick sagen die meisten DDR-Oppositionellen, daß sie noch zu Beginn der revolutionären Massenbewegung im Herbst 1989 an die Reformierbarkeit der DDR geglaubt haben. Welche Vorstellungen haben Sie damals über die Reformierbarkeit der DDR und die Frage der Vereinigung beider deutscher Staaten entwickelt?

M. B.: Es ist ja eigentlich eine völlige Selbstverständlichkeit, daß eigenständig denkende Menschen lieber etwas selbst gestalten, anstatt fertig Gestaltetes zu übernehmen. Insofern war der Impuls auch nachvollziehbar zu sagen: Wir wollen in den Vereinigungsprozeß nicht die jetzige DDR einbringen, sondern eine von uns reformierte DDR, womit wir dann auch einen anderen Verhandlungsstatus haben.

Die reale Entwicklung war aber so, daß die Menschen in Massen nach dem Westen gingen. Das Projekt, eigene politische Gedanken umzusetzen und eine Alternative zum westlichen Modell aufzubauen, war nicht mit den Menschen in der DDR zu machen. Denn sie hatten lange genug mit sich experimentieren lassen und wollten das jetzt nicht wiederholen. Sie wollten etwas, was vielleicht nicht in allen Dingen optimal, aber zumindest erprobt ist und funktioniert. Man hätte diesen dritten Weg nur machen können, indem man die Mauer wieder dicht gemacht hätte, um die Menschen gewaltsam vom Weggehen abzuhalten. Das konnte man nicht, und das wollte auch keiner, und deswegen war es letzten Endes alternativlos, sich möglichst schnell mit der Bundesrepublik, so wie sie ist, nicht nur zu vereinigen, sondern ihr beizutreten. Aber das hat seinen Preis gehabt.

Ich glaube, den Zahlen wir noch heute. Der Preis ist der, daß es relativ wenig gibt, wo die Menschen in Ostdeutschland sagen können, das haben wir aus eigener Kraft aufgebaut, darauf sind wir stolz. Das wäre heute identitätsstiftend.

Ich habe etwas anderes bei Freunden in Litauen Anfang der neunziger Jahre erlebt, als die ersten eigenen, dort selbst entwickelten Schulbücher fertig waren und in die Schulen gegeben wurden. Das war ein großes Ereignis und fast ein Festakt. Die Menschen identifizierten sich alle damit und waren froh, jetzt endlich nicht mehr diese sowjetischen Lehrbücher benutzen zu müssen, sondern eigene zu haben, die auf Grund eines nationalen Diskussionsprozesses und eigener Anstrengungen entstanden sind. Wie jämmerlich war das dagegen in Ostdeutschland, als die ausgedienten Lehrbücher aus dem Westen hier an den Schulen verteilt wurden. Da konnte sich niemand darüber freuen und damit identifizieren. Für diese Hilfe mußte man den Westdeutschen ausgesprochen dankbar sein. Aber das hat eben die Kehrseite, daß es hier wenig gibt, wo die Menschen sagen können, darauf sind wir stolz, das haben wir selbst geschaffen. Daran macht sich nicht nur Politikverdrossenheit, sondern überhaupt Verdrossenheit breit, auch weil sich in der DDR ein regionales oder nationales Bewußtsein im positiven Sinne nicht entwickeln konnte. Es gab keine Alternative, aber die Folgen, die diese Entwicklung hatte, muß man sehr wohl im Auge haben.

G. S.: Heute, zwanzig Jahre danach, gibt es zwar eine Reihe von Veranstaltungen über die friedliche Revolution, insgesamt hat jedoch meiner Meinung nach die Demokratiebewegung zu wenig Wertschätzung erfahren. Was müßte Ihrer Meinung nach getan werden, um diese Erfahrungen zu würdigen und zu aktualisieren?

M. B.: Aus meiner Sicht ist es wichtig, an die Zeit zu erinnern, die vor dem Mauerfall 1989 lag. Die Menschen in der DDR haben in einer Situation demonstriert, in der noch nicht klar war, wie die SED-Führung reagieren würde. In Leipzig sind 70 000 Menschen am 9. Oktober zur Demonstration in die Innenstadt gekommen, obwohl angedroht war zu schießen. Sie sind also ein enorm großes Risiko eingegangen. Und nur weil es so viele waren, wurde nicht geschossen. Und damit war dann auch eine Entscheidung für die ganze DDR gefallen. Das sind identitätsstiftende Ereignisse, nicht nur für Ostdeutschland, sondern für ganz Deutschland. Die demokratischen Parteien müßten anknüpfen an die großen Demonstrationen im Oktober 1989 und deutlich machen, daß es dieser Mut in der Bevölkerung war, der ganz viel verändert hat.

Und dann müßte natürlich auch deutlich gemacht werden, welche Perspektiven wir heute haben, welche Antworten wir auf die globalen Fragen haben. Die Frage nach den Grenzen des Wachstums, die die Umweltbewegung in den siebziger Jahren ins Rollen gebracht hat, ist bis heute nicht in der Weise aufgegriffen, wie es angesichts der Sachlage erforderlich wäre. Sie wird heute von vielen verdrängt. Ich glaube, daß die Erinnerung an die friedliche Revolution in Ostdeutschland und an ihre Vorgeschichte niemanden wirklich bewegt, wenn damit nicht auch an diejenigen der damaligen Fragen erinnert wird, die bis heute unbeantwortet geblieben sind.